



Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement Newsletter Nr. 4 vom 7.4.2011

Inhalt

SCHWERPUNKT-THEMA: BILDUNGSKETTEN

- Einführung
- Ulrich Schuck: Bildungsketten
- Simone Asmuth: VerA und coach@school
- Kurt Kühnpast: Patenmodelle
- Sigrid Meinhold-Henschel: BE-Förderung mit System

LÄNDERBERICHTE: MECKLENBURG-VORPOMMERN

- Nikolaus Voss: Bürgerschaftliches Engagement in Mecklenburg-Vorpommern

AKTUELLES AUS ENGAGEMENTPOLITIK UND -FÖRDERUNG

- Christian Wulff: Auftaktveranstaltung BürgerForum 2011
- Engagementpolitik: Antwort auf Große Anfrage der SPD
- BFD: Gesetzentwurf nach Bundestagsdebatte verabschiedet
- BFD: Stellungnahmen auf Special-Webseite des BBE
- Freiwilligendienst aller Generationen: Kleine Anfrage
- Angela Merkel: Engagement braucht Anerkennung
- Förderung ehrenamtlicher Tätigkeit: Gesetzentwurf
- Neues Förderprogramm für junge Kulturinitiativen
- BE älterer Menschen: Stellungnahme der BAGSO
- Corporate Citizenship: Berliner Aufruf von UPJ
- Transparenz und Bürgerstiftungen

AKTUELLES AUS DEM BBE

- Fördersituation des BBE
- Integrationsförderung durch Elternvereine: Tagung
- AG 8 Demografischer Wandel: Sitzung am 28. 3. 2011
- Deutscher Engagementpreis: Nominierungsstart
- Verbundprojekt BE in Ostdeutschland: 1. Arbeitstreffen
- Neue Praktikantin in der Civil Academy

FACHDISKURS

- Seniorpartner in School: Jubiläumsfachtagung
- Forum für Bürgerbeteiligung: Fachtagung
- Bürgerbeteiligung stärken: Umfrage und Kampagne
- Methodologie zur Erfassung von Freiwilligentätigkeit der IAO
- Globalisierung sozialer Bewegungen: Publikation
- Hinweis

SCHWERPUNKT-THEMA: BILDUNGSKETTEN

nach oben

Einführung

Im September 2010 rief das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) die bundesweite Initiative »Bildungsketten« ins Leben: Ihr Ziel ist es, die Zahl der Schulabbrüche durch ein haupt- und ehrenamtliches Patensystem zu verringern und Jugendlichen den Übergang in eine Ausbildung zu erleichtern. Gleichzeitig soll mit diesem finanziell gut ausgestatteten Programm dem Fachkräftemangel begegnet werden. Manche Umstände des Programmstarts führten im Feld der vielerorts schon vorhandenen zivilgesellschaftlichen Patenprojekte zu Irritationen. Deshalb fragt die Redaktion des Newsletters des Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement nach, wie es um Bildungsketten und darüber hinaus um bürgerschaftliches Engagement steht. Ulrich Schuck, Referent im Referat »Grundsatzfragen der beruflichen Aus- und Weiterbildung« des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) erinnert an die Dresdener Erklärung von 2008. Die Initiative »Abschluss und Anschluss - Bildungsketten bis zum Ausbildungsabschluss« greift frühzeitig bereits während der Schulzeit ein. Schuck legt Wert auf das subsidiäre Prinzip der Initiative, die keine vorhandenen ehren- oder hauptamtlichen Angebote verdrängen will. Ebenso wichtig ist ihm der systemische Ansatz der Initiative, um Schwächen des sogenannten Übergangssystems zu verringern. Simone Asmuth stellt Ansatz und Arbeitsweise der Projekte VerA und coach@school vor. coach@school existiert

seit 2010 und wird im Rahmen der Initiative Bildungsketten des BMBF gefördert. VerA läuft seit 2008 und kann als Ergänzung von Bildungsketten in der Phase der Ausbildung angesehen werden. Beide Projekte greifen auf die ehrenamtlichen Experten des Senior Experten Service zurück. Kurt Kühnpast weist auf schon laufende Verdrängungsprozesse vorhandener Engagementstrukturen durch die Initiative Bildungsketten hin. Zugleich zeigt er auf, was dabei an besonderen Qualitäten verloren geht, die durch die BMBF-Initiative nicht kompensiert werden können. Sigrid Meinhold-Henschel stellt ein Handlungsfeld dar, das bei aller Berufsorientierung leicht übersehen wird, nämlich das Erlernen und Erproben von bürgerschaftlichem Engagement vom Kindergarten an. Mit dem 2010 begonnenen Projekt »jungbewegt« wird darauf reagiert, dass das Engagement von Kindern und Jugendlichen gegen den gesellschaftlichen Trend abnimmt.

nach oben

Ulrich Schuck: Bildungsketten

Ulrich Schuck, Referent im Referat »Grundsatzfragen der beruflichen Aus- und Weiterbildung« des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF). Darin verpflichteten sich Bund und Länder, die bundesweite Schulabgängerquote ohne Schulabschluss von 8% auf 4% und ohne beruflichen Abschluss von 17% auf 8,5% bis 2015 zu halbieren. Deshalb greift die Initiative »Abschluss und Anschluss - Bildungsketten bis zum Ausbildungsabschluss« frühzeitig bereits während der Schulzeit ein, um eine Verantwortungsgemeinschaft zwischen den Akteuren im Bereich des Übergangs Schule Ausbildung zu entwickeln. Schuck legt Wert auf das subsidiäre Prinzip der Initiative, die keine vorhandenen ehren- oder hauptamtlichen Angebote verdrängen will. Ebenso wichtig ist ihm der systemische Ansatz, der auf eine Optimierung des sogenannten Übergangssystems durch ein Bündel von Maßnahmen abzielt.

Gastbeitrag Ulrich Schuck unter

http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2011/04/nl4_schuck.pdf (39 kB)

nach oben

Simone Asmuth: VerA und coach@school

Simone Asmuth stellt Ansatz und Arbeitsweise der Projekte VerA und coach@school dar. Seit 2008 werden mit VerA Auszubildende unterstützt, die aus unterschiedlichen Gründen ihre Lehre abbrechen wollen. Ein persönlicher, ehrenamtlicher Seniorexperte wird ihnen in der Regel innerhalb von ein bis zwei Wochen nach Anfrage zur Seite gestellt. Diese Begleitung kann bis zum Ende der Ausbildung andauern. Seit 2010 wird als Teil der Initiative Bildungsketten der Bundesregierung das Programm coach@school, das ebenfalls auf Seniorexperten zurückgreift, diesmal aber in Form von 3er oder 4er Teams. Diese unterstützen Jugendliche bei der lebensweltlichen und beruflichen Orientierung. Das Angebot richtet sich an Schulen, an denen es bisher keine ehrenamtliche oder hauptamtliche Berufseinstiegsbegleitung gibt. Die Projekte greifen dabei auf die Freiwilligen des Senior Experten Service zurück, der von der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA), dem Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI), dem Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK) und dem Zentralverband des Deutschen Handwerks (ZDH) getragen wird und seit 1983 Projekte im In- und Ausland durchführt.

Gastbeitrag Simone Asmuth unter

http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2011/04/nl4_asmuth.pdf (17 kB)

nach oben

Kurt Kühnpast: Patenmodelle

Patenmodelle sind mehr als eine Berufseinstiegsbegleitung, so Kurt Kühnpast vom Freiwilligenzentrum Hannover, an dem aktuell 300 Patenschaften für Hauptschüler mit 200 ehrenamtlichen Paten koordiniert werden. Patenmodelle brechen die Beschränktheit der Erfahrungswelt von Schule auf. Sie sind eine große Herausforderung sowohl für die Seniorpaten als auch für die Schüler, die sich für die Begleitung durch einen Paten freiwillig entscheiden. In Patenmodellen begegnen sich unterschiedliche Generationen, soziale Schichten und Bildungsverläufe. Zuverlässigkeit, Kommunikationsfähigkeit und Verantwortungsbewusstsein der Jugendlichen werden gerade dann durch Seniorpaten gefördert, wenn Jugendliche dies außerhalb der Schule allenfalls nur in der Familie erleben. Der Erfolg und die Unverwechselbarkeit von ehrenamtlichen Patensystemen gerade auch an Hauptschulen, wie sie seit 2006 entstanden sind, beruht auf solchen Faktoren. Die »Initiative Bildungsketten« kann mit ihrem Ansatz, so Kühnpast, diese Vorzüge der Patenmodelle nicht ersetzen, verdrängt sie aber schon jetzt zugunsten eines weiteren innerschulischen Angebots durch etablierte Bildungsträger. Das ist für die Schüler unmittelbar bequemer, sie haben ihren routinierten Umgang mit Schule gelernt. Bessere Voraussetzungen für eine Ausbildung und einen erfolgreichen Start ins Leben erwerben sie so aber nicht.

Gastbeitrag Kurt Kühnpast unter

http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2011/04/nl4_kuehnpast.pdf (31 kB)

nach oben

Sigrid Meinhold-Henschel: BE-Förderung mit System

Gegen den Trend hat das Engagement von Jugendlichen in den letzten Jahren abgenommen. Sigrid Meinhold-Henschel stellt die erforschten Gründe für den Rückgang dar. Zugleich zeigt sie strukturelle Probleme auf, die seit Langem bestehen: deutlich geringeres Engagement bei Kindern und Jugendlichen aus Migrantenfamilien, ein drastischer Einbruch weiblichen Engagements am Ende der Jugendzeit oder die Abhängigkeit des Engagements von Bildung und gesellschaftlicher Stellung. Das Projekt »jungbewegt - Dein Einsatz zählt« der Bertelsmann Stiftung reagiert darauf, indem eine potenzielle Bildungskette entlang der Biografie von der Kita bis ins Eintritt ins Berufsleben ermöglicht wird. Train the Trainer ist dabei ein wichtiger Baustein, d. h. die Fortbildung und Unterstützung von Erziehern, Lehren und Sozialarbeitern in den beteiligten Einrichtungen, damit diese als Engagementlotsen Kinder und Jugendliche unterstützen können. Mit einer Reihe von Projektpartnern, darunter dem BBE, hat die Praxisphase in den Ländern Berlin und Sachsen-Anhalt im Herbst 2010 begonnen, 2011 folgt Rheinland-Pfalz.

Gastbeitrag Sigrid Meinhold-Henschel unter
http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2011/04/nl4_meinholdhenschel.pdf (41 kB)

nach oben

LÄNDERBERICHTE: MECKLENBURG-VORPOMMERN

nach oben

Nikolaus Voss: Bürgerschaftliches Engagement in Mecklenburg-Vorpommern

Nikolaus Voss, Staatssekretär im Ministerium für Soziales und Gesundheit, stellt bürgerschaftliches Engagement in den Kontext des tief greifenden demografischen Wandels in Mecklenburg-Vorpommern: Bürgerschaftliches Engagement wird als Fundament für den sozialen Zusammenhalt immer bedeutsamer. Im Zentrum der Engagementpolitik in Mecklenburg-Vorpommern steht die konkrete Verbesserung der Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches Engagement in den Feldern der Infrastruktur und Qualifikation, der Anerkennungskultur und der Sensibilisierung der Öffentlichkeit für den Wert des bürgerschaftlichen Engagements als Fundament für den sozialen Zusammenhalt. Voss unterstreicht die Wichtigkeit der Förderung von Netzwerken, mobilen Bildungsteams und Qualifikationsangeboten für Engagierte. Ehrenamtsmessen, aber auch das in Mecklenburg-Vorpommern verliehene Ehrenamts-Diplom stärken die Wahrnehmung des bürgerschaftlichen Engagements in der Öffentlichkeit. Ebenso wichtig sind aus seiner Sicht aber auch Angebote für politische Mitwirkung. So ist nach Berlin Mecklenburg-Vorpommern das zweite Land, das Seniorinnen und Senioren gesetzliche Mitwirkungsrechte ermöglicht und damit die Förderung bürgerschaftlichen Engagements mit politischer Teilhabe verbindet.

Gastbeitrag Nikolaus Voss unter
http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2011/04/nl4_voss.pdf (24 kB)

nach oben

AKTUELLES AUS ENGAGEMENTPOLITIK UND -FÖRDERUNG

nach oben

Christian Wulff: Auftaktveranstaltung BürgerForum 2011

Am 12. März 2011 eröffnete Bundespräsident Christian Wulff den Arbeitsprozess des BürgerForums 2011 mit einer Veranstaltung in der Frankenhalle in Naila. Via Liveschaltung konnten dabei alle Bürger aus den teilnehmenden 24 Regionen teilnehmen. Ziel des BürgerForums 2011 ist es, Demokratie durch transparente und neue Formen der Bürgerbeteiligung zu beleben. Bis zum 28. Mai 2011 sollen die ausgewählten Bürgerinnen und Bürger aus den 24 teilnehmenden Regionen ein Bürgerprogramm erarbeiten. In seiner Rede würdigte der Bundespräsident die Experimentierfreude und den Mut aller Beteiligten, an diesem Projekt der Demokratieentwicklung mitzuwirken. Er unterstrich dabei erneut, dass die

Demokratieentwicklung ein wichtiger Baustein der Agenda seiner Amtszeit ist. Auch deshalb hat er, zusammen mit der Heinz Nixdorf Stiftung und der Bertelsmann Stiftung, die Initiative BürgerForum 2011 gestartet:

Rede des Bundespräsidenten unter

http://www.bundespraesident.de/Anlage/original_672558/Eroeffnung-des-Buergerforums-2011.pdf

nach oben

Engagementpolitik: Antwort auf Große Anfrage der SPD

Die Bundesregierung hat am 21. März 2011 die Große Anfrage der SPD-Fraktion vom Dezember 2010 zur Nationalen Engagementstrategie der Bundesregierung beantwortet (Drucksache 17/5135). Eine erste, längere Plenardebatte zur Großen Anfrage hatte zuvor bereits am 16. Dezember 2010 im Deutschen Bundestag stattgefunden (der BBE-Newsletter Nr. 1/2011 berichtete). Die Fraktion wollte zu zehn engagementpolitischen Themenfeldern Antworten von der Bundesregierung haben: Leitbild und Strukturen der Engagementpolitik, Ausbau der Infrastruktur, Ausbau der Rahmenbedingungen, Freiwilligendienst, Teilhabe, Bildung, Zuwendungs- und Gemeinnützigkeitsrecht, Erwerbsarbeit, Europa und Ausbau der Engagementforschung. MdB Ute Kumpf, SPD-Fraktion gab einen ersten kurzen Kommentar zur Antwort der Bundesregierung ab, der eher kritisch ausfällt.

Erste Stellungnahme MdB Ute Kumpf unter

http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2011/04/nl4_einschaetzung_kumpf.pdf (80 kB)

Antwort auf die Große Anfrage unter

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/051/1705135.pdf>

nach oben

BFD: Gesetzentwurf nach Bundestagsdebatte verabschiedet

Am 14. 3. 2011 wurde im Bundestag als TOP 28 das Bundesfreiwilligendienstgesetz (BFD) in 2. und 3. Lesung behandelt und mit den Stimmen der Koalition verabschiedet. In der einstündigen Debatte machten alle Redner deutlich, dass sie das Bundesfreiwilligengesetz normativ im Horizont von Engagementpolitik beurteilen und beurteilt wissen wollen. Die Koalition sieht im BFD das wichtigste engagementpolitische Vorhaben der aktuellen Regierung. Redner der Opposition äußerten zum Teil prinzipielle Bedenken gegen die künftige Rolle des Bundesamts für Zivildienst als einem neuen Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben. In diesem Konzept sehen Kritiker die Gefahr einer Verbürokratisierung des Verhältnisses zur Zivilgesellschaft. Die gut eine Woche vorher durchgeführte Expertenanhörung hatte auf das eingebrachte Gesetz faktisch keinen Einfluss mehr. Allerdings waren sich Regierung und Opposition darin einig, dass es in einigen auch dort thematisierten Fragen noch Handlungsbedarf gibt.

Video der Parlamentsdebatte zum BFD unter

<http://www.bundestag.de/bundestag/parlamentsfernsehen/index.jsp?acti>

[on=search&contentArea=details&offsetStart=0&id=1039976&instance=m187&categorie=Ausschusssitzungen&legislativePeriod=alle&fraction=alle&mask=search&startDate=14.03.2011&endDate=14.03.2011&&destination=search](http://www.bundestag.de/parlament/verfahren/gesetzgebung/gesetzgebung.html?on=search&contentArea=details&offsetStart=0&id=1039976&instance=m187&categorie=Ausschusssitzungen&legislativePeriod=alle&fraction=alle&mask=search&startDate=14.03.2011&endDate=14.03.2011&&destination=search)

Ursprünglicher Gesetzentwurf der Regierung unter
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/048/1704803.pdf>

Änderungen am Gesetz mit Ausschussbericht unter
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/052/1705249.pdf>

nach oben

BFD: Stellungnahmen auf Special-Webseite des BBE

Am 14. März 2011 fanden im Verteidigungsausschuss und im Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend Anhörungen zu den Gesetzentwürfen statt, mit denen die Wehr- und Zivildienstpflicht zum 1. Juli 2011 ausgesetzt werden soll. Die öffentlichen Anhörungen boten Gelegenheit, die Einrichtung eines Bundesfreiwilligendienstes und die Übernahme der Strukturen des Zivildienstes aus zivilgesellschaftlicher Sicht kritisch zu würdigen. Allerdings hatten auch die pragmatisch ausgerichteten Anregungen praktisch keine unmittelbaren Folgen für das eine Woche danach beschlossene Gesetz zum Bundesfreiwilligendienst. Allerdings waren sich Regierung und Opposition in der Bundestagsdebatte darin einig, dass es in einigen in der Anhörung thematisierten Fragen noch Handlungsbedarf gibt. Auf einer Special-Webseite hat das BBE Stellungnahmen aus der Anhörung zum Bundesfreiwilligendienstgesetz und weitere Dokumente zusammengestellt.

Stellungnahmen unter
<http://www.b-b-e.de/index.php?id=14691&L=%2Findex.php%3Fpg%3D..%2F..%2F..%2F..%2F>

nach oben

Freiwilligendienst aller Generationen: Kleine Anfrage

Auf die Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen antwortete die Bundesregierung, dass sich momentan im »Freiwilligendienst aller Generationen« etwa 5.100 Personen an rund 1.200 Standorten in Deutschland engagieren. Davon engagieren sich circa 44% zum ersten Mal bürgerschaftlich und etwa 2/3 sind älter als 50 Jahre. 68% der Freiwilligen engagieren sich 8 bis 12 Stunden pro Woche, 12% zwischen 12 und 16 Stunden und 20% sind mehr als 16 Stunden in der Woche tätig. Je älter die Freiwilligen, desto weiter sinke die geleistete Wochenstundenzahl, doch ältere Menschen seien bereit, sich über einen längeren Zeitraum zu engagieren. Nach Auskunft der Regierung läuft der FDaG planmäßig am 31.12.2011 aus. Seine Strukturen sollen in das Programm »Mehrgenerationenhäuser« übernommen werden.

Antwort unter
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/050/1705078.pdf>

nach oben

Angela Merkel: Engagement braucht Anerkennung

Am 2. April 2011 äußerte sich Bundeskanzlerin Angela Merkel in einem Video-Podcast zum ehrenamtlichen Engagement und zum Bundesfreiwilligendienst. Ehrenamtliches Engagement sollte auch deshalb Anerkennung erfahren, weil sie durch ihr Handeln eine tolerante Gesellschaft fördern, für Respekt werben und zugleich zeigen, dass es Spaß macht, sich für andere einzusetzen. Die Bundeskanzlerin wies darauf hin, dass die Bundesregierung ehrenamtliche Tätigkeiten durch eine entsprechende gesetzliche Grundlage fördern möchte. Der Bundesfreiwilligendienst ist für sie nicht ein einfacher Ersatz des Zivildienstes, sondern eröffnet neue Spielräume für die Aktivitäten jung er wie älterer Menschen. In ihrer Rede während der Veranstaltung »Gemeinsam geht's - Menschen helfen Menschen« am 5. April 2011 hob die Bundeskanzlerin nochmals den Wert bürgerschaftlichen Engagements hervor.

Videobotschaft unter

<http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Artikel/2011/04/2011-04-02-podcast.html>

Rede unter

<http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Bulletin/2011/04/Anlagen/37-3-bk,property=publicationFile.pdf>

nach oben

Förderung ehrenamtlicher Tätigkeit: Gesetzentwurf

Der Bundesrat hat am 18. März 2011 einen Gesetzentwurf zur Förderung ehrenamtlicher Tätigkeit beschlossen. Die Bundesregierung hat diesen Entwurf, mit einem eigenen Kommentar versehen, innerhalb von sechs Wochen an den Bundestag weiter zu leiten. Im Wesentlichen geht es dabei um die Förderung ehrenamtlicher Tätigkeit im Verein durch ein verbessertes Haftungsrecht. Insbesondere soll die Haftung ehrenamtlich tätiger Vereinsmitglieder gegenüber dem Verein auf Fälle grob fahrlässiger oder vorsätzlich herbeigeführter Schäden begrenzt werden. Entsteht der Schaden einem Dritten, soll das Vereinsmitglied vom Verein die Befreiung von der Verbindlichkeit verlangen können. Eine zwischenzeitlich diskutierte Haftungsbeschränkung für die Verletzung steuerlicher Pflichten durch ehrenamtliche Mitglieder des Vorstandes konnte sich allerdings nicht bis in den beschlossenen Gesetzentwurf durchsetzen.

Gesetzentwurf des Bundesrats unter

http://www.bundesrat.de/cln_179/sid_61B0A5B94716725620BB4B6024D2677A/SharedDocs/Drucksachen/2011/0001-0100/41-11,templateId=raw,property=publicationFile.pdf/41-11.pdf

nach oben

Neues Förderprogramm für junge Kulturinitiativen

Der Fonds Soziokultur erweitert seine bisherige Förderpraxis um ein spezielles Programm für junge Kulturprojekte, gemacht und verantwortet von bürgerschaftlich Engagierten zwischen 18 und 25 Jahren. Soziokulturelle Projektideen können auf eine Förderung bis 2.000 Euro rechnen. Die Auswahl

wird von einer Jury aus zwei Kuratoriumsmitgliedern des Fonds Soziokultur und einem Jugendlichen am 4. und 5. Juli 2011 vorgenommen. Anträge können bis zum 1. Mai 2011 gestellt werden.

Weitere Informationen unter

<http://www.fonds-soziokultur.de/html/sozioset.html>

nach oben

BE älterer Menschen: Stellungnahme der BAGSO

Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen (BAGSO) e. V. hat im März 2011 ein Positionspapier zum freiwilligen Engagement älterer Menschen beschlossen. Da sich die BAGSO als Interessenvertreter eines selbstbestimmten Lebens im Alter versteht, steht der Eigenwert freiwilligen Engagements jenseits von Finanz- und Arbeitsmarktpolitik im Zentrum des Positionspapiers. Eindringlich wird u. a. eine klarere Abgrenzung zwischen Engagement- und Arbeitsmarktpolitik gefordert.

Positionspapier der BAGSO unter

http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2011/04/nl4_bagso.pdf

nach oben

Corporate Citizenship: Berliner Aufruf von UPJ

Die Mittlerorganisationen und Unternehmen im UPJ-Netzwerk rufen zu einer verstärkten multisektoralen Vernetzung auf, um den Anforderungen der Gegenwart gerecht zu werden. Dazu bedarf es, nach dem Ende des Zeitalters einer einseitigen Shareholder-Orientierung, einer neuen Vertrauenskultur. Die Bereitschaft und Fähigkeit zum Sektor übergreifendem Zusammenwirken zwischen Unternehmen, bürgerschaftlichen Organisationen und Initiativen und öffentlichen Verwaltungen wird als eine der wichtigsten Zukunftsressourcen gesehen. Der Aufruf wurde im Rahmen der UPJ-Jahrestagung von Bernhard von Mutius am 25. März 2011 in Berlin vorgestellt.

Berliner Aufruf von UPJ unter

http://www.upj.de/fileadmin/user_upload/MAIN-dateien/Aktuelles/Nachrichten/berliner_aufruf_2011.pdf

nach oben

Transparenz und Bürgerstiftungen

Die 13. Sitzung des Unterausschusses Bürgerschaftliches Engagement des Deutschen Bundestages widmete sich dem Thema der »Stiftungen und Bürgerstiftungen als zivilgesellschaftliche Akteure und Engagementförderer - Potenziale und Grenzen«. Prof. Dr. Hans Fleisch, Generalsekretär des Bundesverbandes Deutscher Stiftungen skizzierte Entwicklungstrends der letzten Jahre. Dabei wies er auch auf problematische Entwicklungen hin. Zum einen werden viele kleine Stiftungen errichtet, von denen viele ohne reale Perspektive auf spätere Vermögensaufstockungen oder Zustiftungen sind. Zum anderen versuchen Finanzdienstleister zunehmend offensiv Gemeinschaftsstiftungen zu vermarkten, die unter ihrer Kontrolle sind und spätestens mit Ableben des

Stifters bequem verwaltete Gewinnbringer darstellen. Alternativen für Treuhandstiftungen sind daher wichtig, und er sieht für Bürgerstiftungen, die in Deutschland wie nirgendwo sonst zunehmen, gerade auch hier Entwicklungschancen. Nicht zu unterschätzen ist der Multiplikatoreffekt der aktuell ca. 16.000 Bürgerstifter. - Dr. Stefan Nährlich, Geschäftsführer der Aktiven Bürgerschaft - Kompetenzzentrum für Bürgerengagement der genossenschaftlichen Finanzgruppe Volksbanken Raiffeisenbanken, forderte eine Weiterentwicklung der Rahmenbedingungen für Bürgerstiftungen. Als besonders wichtig hob er die Stärkung der gesellschaftlichen Transparenz, der Berichtspflicht gegenüber der Öffentlichkeit hervor.

Protokoll der 13. Sitzung in Kürze unter

http://www.bundestag.de/bundestag/ausschuesse17/a13/buerger_eng/Oeffentliche_Sitzungen/Protokolle/index.html

nach oben

AKTUELLES AUS DEM BBE

nach oben

Fördersituation des BBE

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) hat die Förderung der BBE-Geschäftsstelle im 1. Halbjahr 2011 überraschend gekürzt und, für das 2. Halbjahr weitere Kürzungen angekündigt. Diese Kürzungen widersprechen anders lautenden Mitteilungen von Bundesministerin Schröder an den Deutschen Bundestag vom Oktober 2010. Sie gefährden die Vernetzungsarbeit des BBE. Dies ist umso erstaunlicher, weil auch die Engagementstrategie der Bundesregierung die Notwendigkeit einer solchen Netzwerkarbeit unterstreicht. Koordinierungsausschuss und Sprecherrat des BBE wandten sich nach Bekanntwerden der Kürzungen in einem Brief an Bundesministerin Dr. Kristina Schröder und baten darum, die Kürzungen für das 2. Halbjahr auszusetzen. Ein Gespräch von Vertretern des Sprecherrats mit Staatssekretär Josef Hecken (BMFSFJ) führte jedoch zu keiner Änderung der Kürzungspläne. Vor diesem Hintergrund hat sich das BBE nun an den Deutschen Bundestag gewendet. Am 13. April 2011 wird das Thema im Unterausschuss Bürgerschaftliches Engagement in Anwesenheit auch der Haushaltspolitiker beraten werden.

Arbeitsbilanz unter

http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2011/04/nl4_arbeitsbilanz_koa.pdf (86 kB)

Brief des Sprecherrates unter

http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2011/04/nl4_brief_sprecherrat.pdf (28 kB)

nach oben

Integrationsförderung durch Elternvereine: Tagung

Am 7. und 8. Mai 2011 veranstaltet die Arbeitsgruppe5 »Migration/Integration« des BBE in Kooperation mit der Integrationsbeauftragten des Landes Sachsen-Anhalt, der Jugendwerkstatt Frohe Zukunft in Halle an der Saale und dem Landesnetzwerk der Migrantenselbstorganisationen in Sachsen-Anhalt eine Tagung zum Thema Integrationsförderung durch Elternvereine und Elternnetzwerke in Halle. Die Veranstaltung wird das Chancenpotenzial von Elternnetzwerken für Bildungspartizipation und Integration aus unterschiedlichen Blickwinkeln beleuchten. Ziel ist die Analyse von Handlungsbedarf sowie die gemeinsame Erarbeitung von konkreten Handlungsansätzen für eine verbesserte Vernetzung. Die Vernetzung soll nach der Tagung konkret vorangetrieben werden. Die Fachtagung wird vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge und von der Robert-Bosch-Stiftung gefördert. Für Rückfragen stehen im BBE Katrin Gewecke und Björn Schulz (tagungsbuero@b-b-e.de) zur Verfügung.

Kontakt und Anmeldungen unter

<http://www.b-b-e.de/index.php?id=14686&L=0andu>

nach oben

AG 8 Demografischer Wandel: Sitzung am 28. 3. 2011

Im Mittelpunkt der letzten Sitzung der AG 8 »Demografischer Wandel« stand die Frage, inwieweit der künftige Fachkräftemangel im Gesundheits- und Pflegebereich durch bürgerschaftliches Engagement kompensiert werden kann. Tania-Aletta Schmidt, Referentin der Landesagentur Generationendialog Niedersachsen, gab einen informativen Einblick in die Entwicklung der sozialen Pflegeversicherung und zur Förderung der ehrenamtlichen Strukturen und der Selbsthilfe. Sowohl professionelle Pflege als auch niedrigschwellige Betreuungsangebote sind unersetzlich. Beide leisten eine eigene, besondere Versorgung. Zudem machte sie deutlich, dass die professionelle Betreuung und Schulung von Ehrenamtlichen wichtig ist und ein Pflege-Mix aus professioneller und niedrigschwelliger Betreuung das Mittel der Wahl für eine bedarfsgerechte Betreuung von Pflegebedürftigen darstellt. Ulrich Kluge vom Seniorenbüro Hamburg stellte in diesem Kontext das Projekt »Pflegebegleiter« vor. Das BBE wird sich mit der AG 8 über einen eigenen Workshop am 6. Demografie-Kongress des Behörden Spiegels beteiligen. Dieser findet am 30./31. August 2011 in Berlin statt.

Weitere Informationen zum 6. Demografie-Kongress unter

<http://www.best-age-conference.com/Kongress/>

nach oben

Deutscher Engagementpreis: Nominierungsstart

Seit 2009 ehrt der Deutsche Engagementpreis jährlich Projekte in den Kategorien Dritter Sektor, Einzelperson, Wirtschaft, Politik und Verwaltung sowie 2011 auch in der Schwerpunktkategorie Engagement von Älteren. Eine Jury, zu der auch der Vorsitzende des BBE-Sprecherrats Prof. Dr. Thomas Olk gehört, wählt die Gewinner für jede Kategorie aus. Zudem gibt es eine Vorauswahl von ca. 20 Projekten für den mit 10.000 Euro dotierten Publikumspreis, über dessen Vergabe jeder per Online-Voting mitentscheiden kann. Träger des Deutschen

Engagementpreis ist seit 2011 das Bündnis für Gemeinnützigkeit, mit dem das BBE eng zusammenarbeitet. Gefördert wird der Deutsche Engagementpreis von Beginn an durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und den Generali Zukunftsfonds. Ab sofort können Personen und Projekte online nominiert werden.

Online-Nominierung unter

<http://www.deutscher-engagementpreis.de/nominieren.html>

nach oben

Verbundprojekt BE in Ostdeutschland: 1. Arbeitstreffen

30 Vertreterinnen und Vertreter staatlicher und zivilgesellschaftlicher Institutionen der Engagementförderung aus den ostdeutschen Bundesländern kamen am 31. März 2011 zum 1. Arbeitstreffen des vom Bundesministerium des Innern beauftragten Projektes »Stand und Entwicklung des Bürgerschaftlichen Engagements in Ostdeutschland« im BBE zusammen. Neben der Vorstellung des Verbundprojektes von BBE, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg und TNS Infratest Sozialforschung und der Auswertung der Freiwilligensurveys 1999 - 2009 für Ostdeutschland stand ein intensiver Informationsaustausch über die Entwicklungen der Engagementförderung in den einzelnen Bundesländern im Mittelpunkt. Der begonnene Dialog wird auf einem weiteren Arbeitstreffen im zweiten Halbjahr 2011 fortgeführt.

nach oben

Neue Praktikantin in der Civil Academy

Seit dem 21. März 2011 erhält das Projekt Civil Academy bis Ende Juli von einer neuen Praktikantin Unterstützung. Arline Rave hat erst kürzlich ihr Bachelor-Studium an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster in den Fächern Politik- und Wirtschaftswissenschaften abgeschlossen. Mit ihrem Projekt »Weitblicken kinderleicht« hat sie selber im Jahr 2010 an der Civil Academy teilgenommen.

nach oben

FACHDISKURS

nach oben

Seniorpartner in School: Jubiläumsfachtagung

Vor zehn Jahren begann mit der Gründung des Berliner Landesverbandes das Projekt der Seniorpartner in School. Seitdem wirken, mittlerweile bundesweit, an vielen Schulen bürgerschaftlich engagierte Senioren der Generation 55+ als Schulmediatoren und als Bildungsbegleiter von Kindern und Jugendlichen. Die Erweiterung um Integrationsarbeit ist in Vorbereitung. Ein zentrales Merkmal von Seniorpartner in School ist die systematische Schulung und Begleitung der Engagierten. Anlässlich des zehnjährigen Jubiläums findet am 11. und 12. April 2011 eine Fachtagung im Roten Rathaus in Berlin statt. In Fachvorträgen geht es um »Altern als Chance und Herausforderung für die Bürgergesellschaft« (Andreas Kruse) und um »Neue Bilder vom Alter: Engagement und Partizipation« (Peter Zeman). In der abschließenden Podiumsdiskussion wird die Frage aufgeworfen,

wie politisch das bürgerschaftliche Engagement der Senioren generation eigentlich ist.

Weitere Informationen unter

<http://www.seniorpartnerinschool.de/images/stories/pdfs/110308sis.pdf>

nach oben

Forum für Bürgerbeteiligung: Fachtagung

Wie kann Bürgerbeteiligung gestärkt werden? Dieser Frage geht das Forum für Bürgerbeteiligung und kommunale Demokratie der Stiftung MITARBEIT vom 23. bis 25. September 2011 in Loccum nach. Was und wer muss sich ändern, damit mehr und effektivere Bürgerbeteiligung möglich und auf kommunaler Ebene gestärkt wird? Ohne Tabus werden dabei Bürgergesellschaft, Politik, Verwaltung, Wirtschaft, Wissenschaft und Medien kritisch mit Unterstützung von Experten hinterfragt. Im Rahmen dieser Tagung soll zugleich das »Netzwerk Bürgerbeteiligung« gegründet werden, in dem Menschen und Organisationen zusammenwirken werden, die sich in den Kommunen sowie auf Landes- und Bundesebene für mehr politische Partizipation einsetzen.

Weitere Informationen unter

[http://www.mitarbeit.de/519.html?&tx_workshops\[tx_workshops\]=82&tx_workshops\[backPid\]=29&cHash=bbba7aa00ec0f42a2a26da4b66945c0b](http://www.mitarbeit.de/519.html?&tx_workshops[tx_workshops]=82&tx_workshops[backPid]=29&cHash=bbba7aa00ec0f42a2a26da4b66945c0b)

nach oben

Bürgerbeteiligung stärken: Umfrage und Kampagne

Gut 81% der Bürger wollen mehr Beteiligungs- und Mitspracherechte: Das ist das Ergebnis einer Umfrage von TNS Emnid im Auftrag der Bertelsmann Stiftung. Als Folge größerer Beteiligung erwarten die Befragten eine höhere Akzeptanz politischer Entscheidungen in der Bevölkerung, eine verbesserte Qualität und mehr Gerechtigkeit. Die Umfrage ist Teil einer Reihe von Aktivitäten der Bertelsmann Stiftung für mehr Bürgerbeteiligung. Weitere Maßnahmen stellen die Mitwirkung am BürgerForum 2011, das Webportal buerger-beteiligung.org und der Reinhard Mohn Preis 2011 dar.

Weitere Informationen unter

http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xchg/SID-1F40E571-5661E48D/bst/hs.xsl/nachrichten_105735.htm

nach oben

Methodologie zur Erfassung von Freiwilligentätigkeit der IAO

Die Internationale Arbeitsorganisation (IAO) hat zusammen mit dem Center for Civil Society Studies der Johns-Hopkins-University ein offizielles Handbuch mit Frageraster für die vergleichende, weltweite Erfassung von Freiwilligentätigkeit publiziert. Als Sonderorganisation der Vereinten Nationen empfiehlt sie die weltweite Verwendung, um die gesellschaftliche Bedeutung von Freiwilligentätigkeit vergleichend erfassen und analysieren zu können. Die ILO hebt dabei die Kompatibilität des Designs mit vielen vorhandenen

Die Einzelbeiträge sind Verlinkungen ins Internet und können nur geöffnet werden, wenn eine Online-Verbindung besteht!

Untersuchungen und Statistiken hervor, so dass deren Ergebnisse dabei verwendet werden können.

Handbuch zum kostenlosen Download unter

<http://www.ccss.jhu.edu/index.php?section=content&view=9&sub=12&tri=106>

nach oben

Globalisierung sozialer Bewegungen: Publikation

Landesgrenzen verlieren nicht nur für Wirtschaftsunternehmen immer mehr an Bedeutung, sondern auch soziale Bewegungen machen sich die Folgen der Globalisierung zunutze und organisieren sich über Grenzen hinweg. Mark Herkenrath zeigt in seiner Habilitationsschrift, dass trotz Globalisierung das Entstehen transnationaler Bewegungen voraussetzungsvoll ist. Nicht überall haben zivilgesellschaftliche Gruppen den gleichen Zugang zu neuen Informationstechnologien und nicht jede Gruppe hat finanzielle Mittel, um an internationalen Tagungen und Kongressen wie etwa dem Weltsozialforum teilzunehmen. Am Beispiel der Alianza Social Continental, einer Koalition aus Freihandelsgegnern in Nord- und Südamerika, und einer ihrer argentinischen Mitgliedsorganisationen untersucht er, welchen Problemen von transnationaler Koordination und lokaler Autonomie sich soziale Bewegungen stellen müssen.

Mark Herkenrath (2011): Die Globalisierung der sozialen Bewegungen - Transnationale Zivilgesellschaft und die Suche nach einer gerechten Weltordnung, VS Verlag, ISBN 978-3-532-17797-7

nach oben

Hinweis

Der nächste Newsletter erscheint am 5. Mai 2011. Redaktionsschluss ist der 28. April 2011.

Bitte schicken Sie Ihre Informationen an [newsletter\(at\)b-b-e.de](mailto:newsletter(at)b-b-e.de)

Die Beiträge dieses Newsletters geben, sofern nicht ausdrücklich als solche Nachrichten gekennzeichnet, nicht die Meinung des BBE wieder, sondern repräsentieren die Vielstimmigkeit der Meinungen und Akteure im BBE und im Feld der Engagementförderung und -politik. Die Redaktion des Newsletters verfolgt das Ziel, die jeweils aktuellsten und wichtigsten Nachrichten für die Leserschaft zusammenzustellen.

Die Hinweise auf die allgemeinen Geschäftsbedingungen für die Publikation von Nachrichten im BBE-Newsletter finden Sie unter [Impressum](#).

Redaktion: PD Dr. Ansgar Klein, Steffi Wilke und Dr. Rainer Sprengel.

Eine Übersicht über die nächsten geplanten Schwerpunkt-Themen finden Sie unter

http://www.b-b-e.de/index.php?id=kommende_themen

Die Einzelbeiträge sind Verlinkungen ins Internet und können nur geöffnet werden, wenn eine Online-Verbindung besteht!

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)

- Geschäftsstelle -

Michaelkirchstr. 17-18

10179 Berlin-Mitte

www.b-b-e.de

Geschäftsführer Dr. Ansgar Klein

Telefon: (0 30) 6 29 80-11 0

E-Mail: ansgar.klein@b-b-e.de

[nach oben](#)